

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt



Anzeiger

für
das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

für
Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Eischheim, Ruhlschnappel, Wilfenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleiße, Ruhdorf, St. Egidien, Glöttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Verantwortlicher
Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Bande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 17.

Geschäftsstelle
Schulstraße Nr. 31

Mittwoch, den 22. Januar 1913.

Preis- und Telegramm-Adresse:
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

63. Jahrg.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Straße von Ruhdorf (S. A.) nach Meinsdorf liegt bei den Postämtern in Hohenstein-Ernstthal und Ruhdorf (S. A.) auf die Dauer von 4 Wochen öffentlich aus.
Chemnitz, 17. Januar 1913. Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Bebauungsplan für das Areal zwischen Weinteller- und Moltkestraße.

Nachdem der abgeänderte partielle Bebauungsplan der Stadt Hohenstein mit den dazu gehörigen ortsgesetzlichen Bestimmungen, die im Nachstehenden veröffentlicht werden, die Genehmigung des Königlich Ministerium des Innern gefunden hat, wird er hiermit gemäß § 25 des Allgemeinen Baugesetzes öffentlich ausgestellt.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. Januar 1913.

Der Stadtrat.

II. Nachtrag

zum
Ortsstatut zu dem partiellen Bebauungsplan der Stadt Hohenstein-Ernstthal, das Areal zwischen Weinteller- und Moltkestraße betreffend, vom 12. November 1896.

Art. 1. Für die Fluchten der Straße C, jetzt Conrad Claußstraße, und der Straße D, Runzgergäßchen genannt, werden die auf der „Deckzeichnung A zum partiellen Bebauungsplan der Stadt Hohenstein, Entwurf 2“ rot eingezeichneten und, wo solche nicht vorhanden sind, die zur Zeit in der Natur vorhandenen und auf der Deckzeichnung schwarz eingetragenen Linien festgelegt.

Art. 2. Die Bestimmungen des Ortsstatuts werden in folgenden Punkten abgeändert:
§ 6 erhält die nachfolgende Fassung:
Die Straße D wird mit einseitigem Schnittgerinne zweckentsprechend für Fußgänger und Kleinwagenverkehr hergestellt.

§ 8, Absatz 2, wird wie folgt abgeändert:
In Straße C ist die Errichtung von Einzel-, Doppel- oder Gruppenhäusern, in der Straße D nur von Einzelhäusern zulässig.

Das Wichtigste vom Tage.

Die 67. Sitzung des sächsischen Eisenbahnrates findet am 6. Februar in Dresden statt.

Staats-Sekretär v. Jagow ist vom Papst in Brivataubenz empfangen worden. Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen, die einzige Tochter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, hat sich mit dem Prinzen Heinrich XXXIII. von Ruß verlobt.

In das Präsidium des Evangelischen Bundes wurden anstelle des ausscheidenden Generalsekretärs z. D. v. Dörfel Graf Otto Moltke und Professor Dr. Scholz gewählt.

Der Frankenkassen-Streit in Halle a. d. S. wurde vom Reichsgericht endgültig zugunsten der eingekesselten Ärzteschaft entschieden.

Erzherzog Rainer ist schwer erkrankt.

Ueber die Antwortnote der Türkei auf die türkische Nationalversammlung, die heute in Konstantinopel zusammentritt, entscheiden. Der türkische Kreuzer „Hamidije“ ist in den Suezkanal eingelaufen, um in das Rote Meer zu gelangen.

Die bulgarischen Delegierten wurden angewiesen, beim Scheitern der Verhandlungen die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf direktem Wege zu veranlassen.

Die Nationalversammlung,

welche heute in Konstantinopel zusammentreten wird, soll über Krieg oder Frieden entscheiden. Der alte Kamil Pascha will samt seinen Ministerkollegen die alleinige Verantwortung über das Wohl oder Wehe der Türkei nicht tragen und so wird die letzte Entscheidung von den Kreisen des Volkes ausgehen. Was herauskommen wird, kann man wohl schon jetzt voraussagen: nach alter, lieber türkischer Gepflogenheit wird man sich weder für die Weiterführung des Krieges noch für die Annahme des Friedens unter den vorliegenden Bedingungen entscheiden, sondern man wird Mittel und Wege finden, um nochmals unter allerlei Vorwänden an die Großmächte zu appellieren und diese milder zu stimmen. Zu Hilfe kommt den Türken ja die Tatsache, daß die Großmächte — man mag von ihrer Einigkeit reden so oft und viel man will — in ihren Endzwecken uneinig sind, daß vor allem auch hier Dreierbünd und Dreierbund einander gegenüber stehen, daß der Dreierbund keine Lust hat, dem Dreierbund England, Frankreich und Rußland zur Ausführung seiner mehr oder minder selbstthätigen Pläne die

Hand zu bieten und daß in der Hauptsache Deutschland und Oesterreich keine Veranlassung haben, den Ausdehnungsgelüsten der slavischen Balkanstaaten allzusehr Vorschub zu leisten. Außerdem kommt es der Türkei gar nicht ungenügend, daß Rumänien immer energischer seine Forderungen nach einer Kompensation seitens Bulgariens erhebt und daß Deutschland und Oesterreich diese Forderungen diplomatisch unterstützen. Bulgarien, das, wie immer deutlicher hervortritt, militärisch und finanziell am Ende seiner Leistungsfähigkeit ist, erscheint vollkommen außer Stande, den kaum noch verhältnismäßig Widerstand entgegenzustellen und wird schließlich, auch wenn Bäterchen in Petersburg sich für die verhängselten Südslaven ins Mittel legen sollte, nicht anders können, als den Willkürherrscher Rumäniens nachzugeben. Und daß dieses sich nicht mit einem Streifen unfruchtbar Landes in der Dobrußa oder der Uebergabe einiger veralteter, artilleristisch vollkommen bedeutungsloser Forts zufrieden geben wird, liegt heute schon auf der Hand. Rumänien glaubt die strategisch bedeutende frühere Festung Silistria besitzen zu müssen und wie die Dinge heute liegen, wird es sie trotz des Entgegenkommens Bulgariens wohl auch erhalten. In zweiter Linie günstig für die Türkei ist der alte Gegensatz, der schon lange zwischen Bulgarien und Griechenland besteht und der seinen Ausdruck in dem Streit um Saloniki findet. Auch hier werden die Türken aller Voraussicht nach als Meister der Verschleppungspolitik die Lage zu ihren Gunsten auszunutzen verstehen und aus dem Widerstreit der bulgarischen und griechischen Interessen für sich Vorteile zu erlangen suchen. Wenn die Türken demnach heute das entscheidende Wort noch nicht finden, vielmehr nochmals bei den Großmächten anklopfen, um andere, bessere Friedensbedingungen zu erreichen, so kann man nach Lage der Dinge diesem ihren Bemühen die Aussicht auf mehr oder minder großen Erfolg sicherlich nicht absprechen.

Will die Pforte nachgeben?
Die inspirierte türkische Presse bereitet die öffentliche Meinung auf eine Antwort der Pforte vor, die der Note der Mächte entgegenkommt. Die „Jeni Gazetta“ hebt hervor, welche großen Schwierigkeiten für die Türkei angesichts der Drohung der Mächte durch eine Ablehnung entstehen würden, und erklärt, es sei in einem solchen Augenblicke nicht geboten Rechtsprinzipien und Verträge zu prüfen. Die Rettung des Landes sei nur möglich, wenn man mit den Tatsachen rechne und ohne Zaudern vernunftgemäße Entschlüsse fasse. Der „Idam“ behandelt die Mitteilungen einiger Zeitungen, denen zufolge die Pforte in dem Sinne antworten müsse, daß sie sich von neuem auf Handelsverträge einlasse und die erklärt, die Pforte würde durch ein fortgesetztes Nachgeben ihr Prestige verlieren und durch ihr

Opfer nichts erreichen. Die Pforte müsse ernsthaft die politische und die militärische Lage berücksichtigen, nicht zaudern, den durch die Umstände auferlegten Opfern zuzustimmen und verhandeln, die von den Großmächten gemachten Vorschlägen auszunutzen.

Aus dem türkischen Ministerrat.
Die „Südslav. Korrespondenz“ erfährt über den türkischen Ministerrat nach Ueberreichung der Note der Großmächte am Freitag: Der Ministerrat verließ bewegt und es kam zu dramatischen Szenen. Unter den Stimmen, die für eine Fortsetzung des Krieges eintraten, fiel namentlich die Erklärung des Kriegsministers Kasim Pascha ins Gewicht; auch der Scheich ul Islam soll die Wiederaufnahme des Krieges zur Erhaltung Adrianopels verteidigt haben. Kamil Pascha führte dagegen in erster Linie die finanzielle Lage der Türkei ins Konkrete und führte aus, falls die Mächte in Feld, die zu den schwersten inneren Komplikationen ihrer Erklärungen die Türkei boykottierten. Der Großwesir erklärte, die Verträge, bei der Internationalen Staatsschuldenverwaltung oder bei Bankgesellschaften in der Türkei neue Kredite zu erlangen, seien mißlungen; ebenso die Bemühungen, mit Hilfe des Rhebiven Schahbons in Höhe von 3 Millionen Pfund unterzubringen. Auch andere Anleihegebote, so Vorschläge aus englischer Quelle, seien der Türkei nur unter der Bedingung einer friedlichen Wendung zugesagt. Kamil Pascha wies auf die bedenkliche Lage infolge des Umstandes hin, daß die Gebiete für die Staatsbeamten nicht flüssig zu machen seien und eine große Anzahl Beamter aus den verlorenen Provinzen dem Staate jetzt zur Last fielen.

Wiederbeginn des Krieges bevorstehend?
Einer Konstantinopeler Drahtung der „Nöln. Ztg.“ zufolge befürchtet man in Militärkreisen, daß Bulgarien die Feindseligkeiten plötzlich wieder aufnehmen werde und ergreift alle Maßregeln. In diplomatischen Kreisen ist man gleichfalls sehr pessimistisch und beginnt zu zweifeln, daß der Friede geschlossen werde, ohne daß die Armee die Genugthuung erhalte, sich ein letztes Mal mit dem Feinde zu messen. Die neuerlichen Schieberien an der Thakatalpasslinie lassen vermuten, daß man einen Vorfall herbeiführen will, der zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten berechtigt. Auf der Pforte berichtet man, die Antwort werde eine höfliche Weigerung sein und die Gründe darlegen, aus denen die Türkei Adrianopel nicht abtreten kann und trotz des Wunsches Frieden zu schließen, gezwungen sein wird, nochmals zu den Waffen zu greifen und ihre Rechte zu verteidigen.

Das Befinden des serbischen Königs.
Aus Belgrad, 20. Januar, wird berichtet: Bei dem Umzug anlässlich des gefestigten Wasserfestes fehlte der König zum erstenmal seit dem Regierungsantritt, da in seinem Befinden eine Verschlimmerung eingetreten ist, welche zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt. So wurde die Reise nach Ueskub, wo die Zusammenkunft mit bulgarischen Staatsmännern stattfinden sollte, aufgegeben.

Die Längsausdehnung der Doppelhäuser soll 30,0 m, die der Gruppenhäuser 36,0 m nicht übersteigen.

An den Straßen C und D sind hinter den festgestellten Straßen-Fluchtlinien die im Plan dargestellten Vorgärten in der eingezeichneten Breite umgebaut zu lassen. Der Abstand der Gebäude von der seitlichen Nachbargrenze muß auf beiden Seiten mindestens 4,50 m betragen.

Hohenstein-Ernstthal, den 14. Mai 1912.

Der Stadtrat.

(L. S.) (geg.) Dr. Bah,
Bürgermeister.
Nr. 1197. II. R.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) (geg.) E. Reddlob,
Borsteher.

Genehmigt.

Dresden, am 28. Dezember 1912.

Ministerium des Innern.

(geg.) Bithum.

81.

Freibank. Gekochtes Schweinefleisch, Pfd. 50 Pfg.

Realgymnasium mit Realschule zu Glauchau.

Die Osteranmeldungen für die beiden Anstalten sind möglichst vom 15.—22. Januar zu bewirken und werden an diesen Tagen von Vormittags 11—1/2 Uhr im Amtszimmer des Direktors entgegen genommen.

Anmeldungen sind Geburts- oder Taufzeugnis, Impfschein und letztes Schulzeugnis. Persönliche Vorstellung der Knaben ist erwünscht.

Die Aufnahmeprüfung findet Montag, den 31. März, von 8 Uhr früh an statt.

Die Einführung des Reformlehplanes — gemeinsamer Unterbau mit Französisch — ist von Ostern ab in Aussicht genommen und zwar zunächst für die VI und 6 der beiden Anstalten.

bündelten Kriegsstimmung herrscht, ergibt sich aus nachstehender Meldung:

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der bulgarische Premierminister Geshow die Delegierten in London ermächtigt, den bulgarischen Oberkommandanten General Sawow direkt telegraphisch zu ersuchen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn sie meinen sollten, daß für den Friedensschluß keine begründete Aussicht mehr besteht. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß die Soldaten der Balkanverbündeten bis spätestens im Februar zur Befreiung ihrer Nieder zurückkehren müssen, da sonst eine Hungersnot unvermeidlich sei.

Das mag ein Wink sein, den die Pforte unbedingt beachten muß.

Auch in Griechenland gibt man einen Wink, der die Bereitschaft zum Wiederbeginn der Feindseligkeiten bedeuten soll. Aus Saloniki wird gemeldet: Kronprinz Konstantin ist mit den Mitgliedern des Generalstabs an Bord der Jacht „Amphitrite“ nach dem Kriegsschauplatz in Epirus abgefahren, um den Oberbefehl über die griechische Armee zu übernehmen.

Bemerkenswert ist eine Sofioter Meldung über

bulgarische Verärgerung gegen die Verbündeten.

Wie erinnertlich, liegen sich Griechen und Bulgaren schon längst in den Haaren. Die Ursache dazu ist der Besitz von Saloniki. Neuerdings ist die Verärgerung gegen die übrigen Verbündeten in Sofia in der Zunahme. Es soll eine Protestversammlung einberufen werden, die gegen die Verdrückung von Bulgaren durch Griechen und Serben in Saloniki, Bitolia, Skopje, Meles und Kumanowo protestieren soll. Wittermeldungen zufolge soll das bulgarische Finanzministerium beabsichtigen, Saloniki durch mehrere Zollstationen vom Hinterlande zu trennen. Später freilich, schreibt ein Blatt, sobald Saloniki bulgarisch wird, werden diese Zollpunkte aufgehoben werden.

Das Befinden des serbischen Königs.

Aus Belgrad, 20. Januar, wird berichtet: Bei dem Umzug anlässlich des gefestigten Wasserfestes fehlte der König zum erstenmal seit dem Regierungsantritt, da in seinem Befinden eine Verschlimmerung eingetreten ist, welche zu ersten Besorgnissen Anlaß gibt. So wurde die Reise nach Ueskub, wo die Zusammenkunft mit bulgarischen Staatsmännern stattfinden sollte, aufgegeben.

Das auch in den Kreisen der Balkan-Ver-